



Cornelia Behm MdB

Agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cornelia Behm, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Jens Dörschel, Winfried Schröder,
Helena Hirsekorn**

Jakob-Kaiser-Haus Süd, Raum 2.766

☎ (030) 227 – 71565

📠 (030) 227 – 76165

✉ cornelia.behm@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Olaf Goldschmidt, Nils Naber

Jägerstr. 18, 14467 Potsdam

☎ (03 31) 887 10 56

📠 (03 31) 887 10 55

✉ cornelia.behm@wk.bundestag.de

Berlin, 12. Oktober 2007

Abstimmung zur Verlängerung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz im Deutschen Bundestag am 12. Oktober 2007

Auf der Sonder-Bundesdelegiertenversammlung am 15. September in Göttingen stimmten 400 von 711 Delegierten für den Antrag von Robert Zion, in welchem den Bundestagsabgeordneten u.a. die Ablehnung der Verlängerung des ISAF-Mandats empfohlen wird. Ich gehörte zu den 297 Delegierten, die diesen Antrag abgelehnt haben. Und ich werde dieser Empfehlung nicht folgen, sondern dem Mandat im Bundestag meine Zustimmung geben. Das hängt auch, aber nicht nur, damit zusammen, wie die Sonder-BDK abgelaufen ist.

Ich empfand das Klima im Saal überwiegend unerträglich. Es hat mich entsetzt, wie die oft gelobte Debattenkultur bei Bündnis 90/Die Grünen so ins Chaotische abgleiten und Demagogie und Populismus wilde Urstände feiern konnten. Es hat mich zutiefst verletzt, dass an diesem Tag ParteifreundInnen von ParteifreundInnen ausgebuht, als Lügner beschimpft niedergeschrien wurden. Und da bin nicht die einzige, die sich in manchen Augenblicken fragte, ob das noch ihre Partei ist.

Auch der in zahlreichen Reden mehr oder weniger direkt gemachte Vorwurf gegen ‚die da oben‘, denen die Basis jetzt endlich mal sagen muss, wer die Partei ist und wie die Partei denkt, hat mich getroffen. Denn vieles kann man mir vorwerfen, aber nicht, dass ich nicht in der Basis verwurzelt bin, dass ich abgehoben und nicht mehr geerdet bin. Hier wurde eine Stellvertreterdiskussion geführt, es ging um Macht und Führungsanspruch wo es doch um Frieden in Afghanistan hätte gehen sollen.

Spätestens im März 2001 als die Taliban die Buddha-Statuen von im 2500 Meter hoch gelegenen Tal von Bamiyan zerstörten, blickte die Weltöffentlichkeit nach Afghanistan. Dieses spektakuläre Zerstörungswerk zeigte nicht nur die kultur- und kunstfeindliche Haltung der Taliban sondern sie öffnete vielen Menschen die Augen für deren unermessliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Morde und Verfolgungen von Andersdenkenden, religiösen



und ethnischen Minderheiten sowie die Unterdrückung von Frauen. Und spätestens seit dies geschah, setzten Menschenrechtler sich dafür ein, dass diese Verbrechen beendet werden. Seit 2001 engagiert sich die Deutsche Bundeswehr in Afghanistan, um diesem Land seinen Frieden zurückzubringen. Wohl wissend, dass das ein langwieriger, schwieriger Prozess sein wird, haben wir diesem Mandat unsere Zustimmung gegeben und es auch mehrfach verlängert. Das war kein Alleingang der Bundestagsabgeordneten, sondern die große Mehrheit der Partei stand hinter der Entscheidung, den Wiederaufbau Afghanistans militärisch abzusichern.

In Folge des Regierungswechsels im Jahr 2005 haben wir als Oppositionsabgeordnete nur noch geringen Einfluss auf die Strategie, die die Bundesregierung verfolgt. Das trifft auch auf den ISAF-Einsatz zu. Wir haben die Bundesregierung deshalb wiederholt sowohl an ihre Informationspflichten gegenüber dem Parlament gemahnt als auch deutlich gemacht, welche Strategie wir für den Aufbau von Gesellschaft und Infrastruktur für richtig halten, zuletzt in unserem Entschließungsantrag zur Drucksache 16/6460, dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan.

Diesem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan habe ich zugestimmt, weil ich es für nicht verantwortbar halte, dem Afghanischen Volk die Unterstützung zu versagen, obwohl es ihrer dringend bedarf und sie auch einfordert. Denn der zivile Aufbau in Afghanistan ist gegenwärtig und wahrscheinlich noch auf längere Zeit ohne militärische Absicherung nicht möglich.

Ich habe gemeinsam mit anderen Abgeordneten meiner Fraktion eine Erklärung nach § 31 GO BT abgegeben, in der noch einmal einige Argumente für diese Entscheidung, aber auch Forderungen an die Bundesregierung nachzulesen sind. Ich kann versichern, dass meine Entscheidung auf einer gründlichen Abwägung aller mir zur Verfügung stehenden Informationen und Sachargumente beruht.

gez. Cornelia Behm